

2. Aufbau einer wirtschaftsnahen Infrastruktur. Auch diese Dinge haben wir vorbereitet. Förderung des Handels mit den Ländern des RGW, insbesondere mit der Sowjetunion. Jedem ist bekannt, welche Leistungen wir als Regierung in den letzten Wochen hier gebracht haben, insbesondere mit dem Zusatzabkommen mit der Sowjetunion. Dann die Ausarbeitung von Sanierungsprogrammen und die Bereitstellung für die Sicherung der Liquidität und nicht nur die Erhebung des Preisaufschlages.

Dieser ist also ein Teil und ist nur die DDR-Seite. Das andere ist die Tatsache, daß wir gegenüber unseren Exporten in die Bundesrepublik 11% Steuervergünstigung beim BRD-Abnehmer haben. Darauf hat der SPD-Abgeordnete völlig richtig hingewiesen.

Ich möchte prinzipiell zu den Bemerkungen der Liberalen sagen, daß es sich erstens hier nicht um eine Steuer handelt. Es wird nämlich weder ein Zollverfahren noch eine Zollabfertigung vorgesehen, und es werden auch andere steuerliche Formen nicht in Anspruch genommen. Zweitens muß ich darauf hinweisen, daß dieser ganze Strukturkomplex, den wir hier im Artikel 14 des Staatsvertrages festgelegt haben, im Ministerratsbeschluß vom 20.6. beschlossen worden ist, ausdrücklich mit dieser Maßgabe, und daß dieser Ministerratsbeschluß die Umsetzung dieses Artikels 14 des Staatsvertrages darstellt. In diesem Zusammenhang war es also notwendig, nun in die Realität zu gehen, und zwar bei ausgesuchten Warengruppen. Insgesamt sind

33 Warenpositionen, und zwar derjenigen Betriebe und derjenigen Bereiche und Branchen, die besonders - das sage ich mal - konkursgefährdet sind. Und es handelt sich insbesondere um die Leichtindustrie, beispielsweise um unsere ganze Baumwollindustrie, die bis jetzt von der sowjetischen Baumwolle abhängig ist und beispielsweise auf der Bremer Baumwollbörse nicht einkaufen konnte, bisher jedenfalls, um hochfeine Garne herzustellen. Ich will das bloß an diesem Beispiel nennen. Und diese Möglichkeit, diese flankierende Möglichkeit, daß unsere Betriebe im nächsten Viertel- bis halben Jahr Gelegenheit haben, noch zu produzieren und sich in dieser Zeit noch den neuen Marktbedingungen anzupassen, das haben wir für diese Branchen besonders gewollt als eine Maßnahme unter vielen.

Ich möchte dazu sagen, daß natürlich Anordnungen und Ministerratsbeschlüsse eigentlich nicht Gegenstand von Kammertagungen sind. Eigentlich ist natürlich alles Gegenstand von Kammertagungen, aber wir haben natürlich auch die Trennung von Exekutive und Legislative. Und insofern muß ich sagen, muß auch die Regierung handlungsfähig bleiben; denn im Preisgesetz, was wir hier auch verabschiedet haben, § 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 2, wird die Regierung bevollmächtigt, zeitlich befristete staatliche Preisregulierungen festzulegen. Das macht übrigens auch die bundesdeutsche Regierung für ausgewählte Erzeugnisse, das macht auch die belgische Regierung und andere EG-Regierungen. Das ist durchaus üblich, und wir halten das für wesentliche Gruppen auch für notwendig. Und das ist im Prinzip der Rechtsrahmen, in dem sich diese Maßnahme bewegt.

Ich bitte also darum, daß der Irrtum, daß sich das auf den EVP niederschlagen muß, unbedingt auszuräumen ist. Das haben wir hier schon durch unsere Handelsministerin deutlich erklärt bekommen. Das will ich hier auch noch mal unterstreichen. Es ist natürlich, und da sage ich, insofern stimmt die Kritik, die hier gegeben wird: Erstens sind nach wie vor in Berlin in den Grenzgebieten sicherlich Umgehungen möglich, aber die Umgehungen, verehrte Abgeordnete, sind geringer, als wenn ich Lizenzierungen und Quotierungen machen würde. Denn das ist im Prinzip eine Wirtschaftsgrenze, und die wollen wir nicht. Und zweitens muß ich sagen, daß es also erforderlich ist, doch hier die Zeitbegrenztheit der gesamten Maßnahme in Rechnung zu stellen, so daß ich der Auffassung bin, ausgehend von der wirklichen Situation, die bei mir täglich auf den Tisch kommt, daß sich hier das Parlament überlegen sollte, ob hier eine Ergänzung unter Umständen zum Artikel 14 des Staatsvertrages angezeigt ist oder ob hier nicht doch diesen vorübergehenden Maßnahmen der Regierung Unterstützung gegeben werden sollte. - Schönen Dank.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Herr Minister, erlauben Sie einige Anfragen oder wollen Sie von vornherein limitieren? - Dann würde ich in der Mitte anfangen, Sie standen zuerst. Bitte schön.

Dörr (Die Liberalen):

Man wirft uns zwar vor, daß wir nicht für die Arbeiter da sind, und sicherlich wählen sie uns auch nicht, aber ich frage Sie: Wie lange wollen Sie unseren Arbeitern noch das Mißtrauen aussprechen, daß sie arbeiten können, daß sie Qualität liefern können und daß sie es schaffen, gegen die Konkurrenz anzugehen? Ich habe vollstes Vertrauen zu unseren Arbeitern in der DDR. Ich habe den Eindruck, ich habe echt den Eindruck, meine Damen und Herren, ich bin Kleinunternehmer, ich habe Arbeitskräfte, und die arbeiten sehr fleißig, und die haben auch sehr schnell begriffen, daß sie in der Konkurrenz stehen, und dadurch arbeiten sie noch besser.

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall: Die Frage bitte.)

Ich frage, wie lange Sie noch Mißtrauen gegenüber den Arbeitern der Deutschen Demokratischen Republik aussprechen wollen? - Danke.

(Beifall)

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Ich muß sagen: Es ist eine absolut polemische Frage. Sie geht an der wirklichen Realität der DDR-Industrie, insbesondere der Bereiche, die wir jetzt schützen wollen, absolut vorbei.

(Beifall, vor allem bei den Koalitionsfraktionen)

Ich gebe Ihnen, verehrte Abgeordnete, die Schreiben derjenigen Betriebsdirektoren und geschäftsführenden Kombinatdirektoren, die für den Zeitraum ab 2.7. 10, 20, 50 und 100 Mio M Stützung haben wollen, damit sie weiter existieren.

Und das muß ich Ihnen sagen, und das ist der eigentliche Punkt, um den es hier geht, und das ist die Grundlage, und das müssen wir flankieren. Wir springen ins Wasser, ins eiskalte Wasser der sozialen Marktwirtschaft, aber wir möchten flankierende Maßnahmen, und Investitionen - das wissen Sie hoffentlich selbst - müssen vorbereitet werden.

(Zuruf von der Fraktion Bündnis 90/Grüne:
Hättet Ihr vorher Schwimmwesten angezogen,
brauchtet Ihr jetzt nicht...)

Dr. Essler (CDU/DA):

Herr Minister, warum ist die Handelsspanne bei unseren Produkten nur 11 % und bei Produkten, die wir einführen - wie die Ministerin vorhin sagte - zwischen 20 und 30 %?

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Zu der Handelsspannenentwicklung möchte ich jetzt hier nichts sagen. Vielleicht kann Sybille Reider hier dazu eine Antwort geben.

Frau Reider, Minister für Handel und Tourismus:

Das ist so, da bei uns schon immer die Produktionskosten höher waren als in anderen Staaten.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Bitte, dort ist eine Frage.